

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

14. Sitzung

am Dienstag, dem 19. Dezember 2000, 9:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Roswitha Strauß (CDU)

Vorsitzende

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Wolfgang Fuß (SPD)

Wilhelm-Karl Malerius (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Manfred Ritzek (CDU)

Lars Harms (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Tagesordnung:****Seite****1. Bahnpolitik in Schleswig-Holstein - Schwerpunkt „Trennung von Netz und Betrieb (Transport)“**

hierzu: Schlussbericht der Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung sowie Drucksache 15/370 und Umdruck 15/599

**2. Bericht des MWTV zu den Ergebnissen der Studie „Die Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein“****3. Bericht des MWTV über die Unternehmerreise in die USA vom 9. bis 17. September d.J.**

hierzu: Umdruck 15/442

**4. Verschiedenes**

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 9:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bahnpolitik in Schleswig-Holstein - Schwerpunkt „Trennung von Netz und Betrieb (Transport)“**

hierzu: Schlussbericht der Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung  
sowie  
Drucksache 15/370 und Umdruck 15/599

M Dr. Rohwer führt auf der Grundlage des Umdrucks 15/599 in die Thematik ein. - Abg. Eichelberg würdigt die Stellungnahme als gute Beratungsunterlage und stellt sodann grundsätzlich fest, dass das Konzept einer Trennung des Netzes in einer eigenen Gesellschaft - nach dem Grundgesetz in Verantwortung des Bundes - der richtige Weg sei. Die Trassenkosten müssten dann zu vernünftigen, wettbewerbsfähigen Preisen ausgehandelt werden. Danach könne dann auch der Betrieb sachgemäß reguliert werden. Unter dem Gesichtspunkt der Marktnähe halte man jedoch nicht das REGENT-Konzept für das geeignete Mittel, sondern die CDU halte es für richtig, dass im Rahmen der Auftragsverwaltung die regionalen Aspekte nachhaltig eingebracht werden könnten, und meine, dass so in den Auseinandersetzungen auf Bundesebene viel zu erreichen sei, wenn man das richtige Konzept vorlegte.

M Dr. Rohwer erklärt zu diesem von Abg. Eichelberg vorgetragenen Hauptanliegen der CDU, dass er es doch skeptisch bewerte, dass der Bund bei dieser Form des Eigentums und der Finanzierungs- und Unterhaltungsverantwortung tatsächlich auf alle regionalen Interessen schnell genug reagieren werde. Er glaube vielmehr, dass man überlegen sollte, ob es nicht doch Regionalstrecken in Schleswig-Holstein gebe, bei denen man schneller, flexibler handeln könne, wenn man hier mindestens langfristige Mietverträge oder sogar das Eigentum habe. Beispielhaft sei hier die AKN zu nennen, bei der sich regional ein Know-how entwickelt habe, das man auch nutzen könne. Zumindest regionale Betriebsgesellschaften, was nach dem REGENT-Konzept ja auch möglich sei, würden hier sicherlich regionale Interessen am besten befriedigen, und zwar unterlegt mit langfristigen Mietregelungen. Bei einigen Strecken könne er es sich allerdings auch vorstellen, sie sogar zu übernehmen. Diese Frage hänge aber von genauen Berechnungen ab, die zurzeit im MWTV angestellt würden. M Dr. Rohwer bietet eine Berichterstattung zu diesem Punkt zu gegebener Zeit im Wirtschaftsausschuss an.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, nimmt Bezug auf eine Äußerung des neuen Bundesverkehrsministers, wonach dieser im Augenblick die Trennung von Netz und Betrieb nicht sehe, sondern den diskriminierungsfreien Zugang über Regelungen beim Bundeseisenbahnamt gewährleisten wolle. - M Dr. Rohwer erklärt hierzu, dass der Bundesverkehrsminister Bodewig ihm gegenüber erklärt habe, dass er in dieser Frage noch nicht entschieden sei, sondern dass es diesbezüglich noch Prüfungen geben solle. Sein persönlicher Eindruck sei, dass durch den Personalwechsel in der Spitze des BMV die Bereitschaft, über die Trennung nachzudenken, eher größer geworden sei. Er halte es auch für richtig, dass man sich mit dieser Frage noch ein paar Monate beschäftige, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werde.

Abg. Schmitz-Hübsch betont im Folgenden noch einmal das Erfordernis der Herstellung von Wettbewerb im Trassennetz. Wenn auch die Überlegungen in der CDU zu der hier in Rede stehenden Thematik noch nicht abgeschlossen seien, so meine sie doch, dass das vorgestellte Modell des MWTV mit den Netzbetreibern Bund - für die durchgängigen Trassen - und Länder - für die Regionalstrecken - allein nicht ausreichen werde. Verbesserungen seien nur zu erreichen, wenn dem Wettbewerb Rechnung getragen werde.

M Dr. Rohwer stimmt Abg. Schmitz-Hübsche darin zu, dass die hier geführte Diskussion im Wesentlichen deswegen erforderlich sei, um den Zugang von Wettbewerbern auch auf die Bahnstrecken zu ermöglichen. Des Weiteren geht er an dieser Stelle - ebenfalls ausgelöst durch Fragen von Abg. Schmitz-Hübsch - noch einmal auf die Maßnahmen zur Engpassbeseitigung Pinneberg/Elmshorn und im Bereich der Rendsburger Hochbrücke ein. Aus den UMTS-Zinserlösen würden in den nächsten drei Jahren 240 Millionen DM für das Netz Schleswig-Holstein/Hamburg zur Verfügung gestellt. Der wesentliche Anteil dieser Summe werde auf Schleswig-Holstein entfallen können. Von der Bahn sei bisher noch kein abschließender Katalog dazu vorgelegt worden, wie sich diese Mittel auf die verschiedenen Maßnahmen verteilen sollten. Zu diesen 240 Millionen DM kämen aber auch noch die Gelder aus dem Antistauprogramm; hier seien bekanntlich 200 Millionen DM für den Korridor Skandinavienverkehr vorgesehen. Inwieweit die zusätzlichen 240 Millionen DM auf die Beseitigung des Brückenengpasses, auf die Beseitigung des Engpasses Pinneberg/Elmshorn, die Beseitigung weiterer Langsam-Fahrstrecken zwischen Hamburg und Westerland mit weiteren kleineren Brückenbauwerken, auf die Beseitigung der Langsam-Fahrstellen vor dem Kieler Hauptbahnhof entfielen, werde zurzeit bei der Bahn ausgerechnet; das Ergebnis solle in den nächsten Monaten vorgelegt werden. Das MWTV führe darüber die Gespräche mit der Bahn mit dem Ziel, diese Engpässe so zu beseitigen, wie es auch im Interesse des Landes sei, und dass die

Mittel nicht dazu dienen, die Engpässe auf den großen Strecken zu beseitigen, die die Bahn selbstredend vordringlich bedienen wolle.

RL Reiff ergänzt sodann im Einzelnen, Anfang 2001 werde das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau des Bahnhofs Elmshorn eingeleitet werden; es solle nach den Aussagen der Bahn Ende 2002 abgeschlossen sein, sodass Ende 2002/Anfang 2003 voraussichtlich mit der Baumaßnahme begonnen werden könne. Die Maßnahme sei im Investitionsprogramm zwar lediglich mit 5 Millionen DM enthalten, aber der Bund habe ganz eindeutig zugesagt, dass dann, wenn in diesem Programm andere Maßnahmen nicht so liefen, wie man es sich vorstelle, Geld in diese Elmshorner Maßnahmen transferiert werde. Darüber hinaus befinde sich im Antistauprogramm die allgemeine Formulierung „Zulaufstrecken nach Skandinavien“; dort sei Elmshorn neben Hamburg/Lübeck mit enthalten, sodass diese Maßnahme ab 2002/2003 hieraus mitfinanziert werden könne. Damit dürfe die Baumaßnahme im Bereich des Bahnhofs Elmshorn finanziell gesichert sein. Darüber hinaus laufe zurzeit bei der Bahn die Planung bezüglich der verschränkten Dreigleisigkeit intensiv an. Diese Lösung halte das MWTV auch für den einzig richtigen Weg, weil er der schnellste Weg sei, um in dem Bereich zu einer Bereinigung zu kommen. Aber schon durch den Ausbau des Bahnhofs von Elmshorn werde man eine deutliche Entlastung dieser Strecke erreichen.

Bezüglich der Eisenbahnhochbrücke verweist RL Reiff noch einmal auf die schwierige rechtliche Situation in den Auseinandersetzungen der WSD mit der Bahn AG. Zurzeit sei es so, dass der Oberbau angepackt werden müsse, und mit dem Ausbau des Oberbaus müssten die Lager des Brückenbauwerks bereinigt werden. Diesbezüglich liefen im Augenblick auf Bundesebene Diskussion mit der WSD und der Bahn AG, wie es zu einer gemeinsamen Baumaßnahme kommen könne. Das MWTV gehe davon aus, dass in 2001 die Entscheidungen in Bezug auf Lager und Oberbau fielen, sodass diese Gemeinsamkeit sehr schnell gefunden werden könne, um die Sanierung der Eisenbahnhochbrücke vornehmen zu können.

Nach dem Hinweis von Abg. Eichelberg auf die Bedeutung der Jütlandlinie und der Vogelzuglinie für den Schienenverkehr von und nach Skandinavien hält M Dr. Rohwer an dieser Stelle noch einmal fest, dass man diese beiden großen Achsen wegen der prognostizierten Verkehrszuwächse schnell ausbauen müsse. Man könne es sich überhaupt nicht erlauben, an diesen Stellen Zeit zu verlieren. Mit dieser Einschätzung korrelierten sowohl die Maßnahmen, die soeben für den Schienenverkehr vorgetragen worden seien, als auch die Absicht der Landesregierung bezüglich einer festen Fehmarnbelt-Querung und damit im Zusammenhang auch die Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, verweist auf den vom Landtag mit Mehrheit angenommenen Antrag Drucksache 15/370, auf dessen Grundlage die Landesregierung auf Bundesebene agieren werde. Sie bittet den MWTV, den Wirtschaftsausschuss über die sich bezüglich der Frage der Trennung von Netz und Betrieb (Transport) in den nächsten Monaten ergebenden Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten und jeweils begleitend zu unterrichten.

Abg. Schröder lenkt den Blick ebenfalls auf diesen vom Landtag mit Mehrheit angenommenen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und unterstreicht das Erfordernis der Begleitung der Entwicklung von Trägermodellen durch den Wirtschaftsausschuss. Die Bitte der Vorsitzenden an den MWTV an, den Ausschuss über die weitere Diskussion fortlaufend zu unterrichten, wird von ihm begrüßt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des MWTV zu den Ergebnissen der Studie „Die Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein“**

M Dr. Rohwer führt schwerpunktmäßig in die vom MWTV in Auftrag gegebene und den Ausschussmitgliedern vorliegende Studie zur Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein ein. Über diese inhaltliche Darstellung hinaus erklärt er zum weiteren Verfahren, dass es voraussichtlich im Februar 2001 eine Kabinettsentscheidung geben werde und dass dann zusammen zwischen Landesregierung und den hier tätigen Akteuren sehr schnell an konkreten Vorschlägen zur Umsetzung der Ergebnisse gearbeitet werde. Ziel sei es, möglichst schnell ein Schwerpunktkonzept zu erarbeiten, das die Profile wiedergebe, auf die man sich konzentrieren wolle. Darauf aufbauend solle dann ein Marketingkonzept entwickelt werden, wie das Vorhaben innerhalb und außerhalb des Landes vermarktet werden solle.

Im Folgenden begrüßt Abg. Eichelberg für die CDU-Fraktion die Expertise und stimmt den darin getroffenen Aussagen voll zu. Er bittet darum, das Parlament frühzeitig „kreativ“ in die daraus folgenden Maßnahmen einzubinden.

Auf die Frage von Abg. Eichelberg zur Finanzierung der Initiative verweist M Dr. Rohwer im Folgenden darauf, dass für die gesamte Initiative im engeren Sinne 400.000 DM im Haushalt zur Verfügung stünden. Hierbei handele es sich aber mehr um Mittel für begleitende, zusätzliche Veranstaltungen, Studien im weiteren Sinne. Vor allem sei hinsichtlich der Finanzierung der Initiative auf das Regionalprogramm zu verweisen, das hervorragende Möglichkeiten biete, in diesem Sinne Infrastrukturinvestitionen zu tätigen. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe könnten darüber hinaus auch betriebliche Maßnahmen gefördert werden. Auch diese Möglichkeit wolle man gern nutzen.

M Dr. Rohwer verdeutlicht im Folgenden, dass es aber erforderlich sei, die Vorarbeiten so zu erledigen, dass im Rahmen der Antragstellungen wirklich die Schwerpunkte gefördert würden, die man fördern wolle. Insofern gehe es jetzt darum, Schwerpunkte und Profile zu definieren. Dies werde man sicherlich nicht in zwei, drei Monaten schaffen, sondern es werde sicherlich erforderlich werden, sich noch einmal von Marketingspezialisten oder von Produktspezialisten beraten zu lassen. Eine Förderung in 2001 sei im Rahmen der Programme möglich und wenn man zu dem Ergebnis komme, hier müsse noch zusätzlich etwas geschehen, müsse das im Haushalt 2002 berücksichtigt werden.

Abg. Benker lenkt den Blick sodann auf die politischen Rahmenbedingungen, die zum Beispiel durch das Datum 2003, Änderung des Abrechnungsverfahrens der Kliniken, bestimmt würden. Unter diesem Blickwinkel müsse dann auch die Frage berücksichtigt werden, wer den Markt bestimmen werde, ob dies nur Investoren sein werden und das Land sich daraus ergebende Verschiebungen gar nicht mehr in der Hand habe. Dieser Aspekt müsse mit Gegenstand der geplanten Workshops sein. Außerdem halte er es für erforderlich, dass in Schleswig-Holstein auch über Nischen nachgedacht werde, und zwar nicht nur im Bereich Wellness, sondern als Möglichkeit biete sich auch die Region Lübeck/Neustadt für Maßnahmen im psychosomatischen Bereich an. Touristische Angebote für Allergiker, der Bereich Bildung, Ausbildung, Fortbildung - zum Beispiel durch Schaffung einer Professur für forensische Psychiatrie - seien weitere Beispiele. Insgesamt betont aber auch er das Erfordernis, Schwerpunkte zu setzen, die im Land bereits bestehenden Kompetenzen im Sinne der Landesinitiative auszubauen. Dafür werde es auch erforderlich sein, dass diese Initiative nicht allein beim Wirtschaftsministerium angesiedelt sei, sondern auch die anderen betroffenen Fachressorts beteiligt würden.

M Dr. Rohwer betont, dass die Initiative selbstredend nicht nur im Wirtschaftsministerium angesiedelt sei, sondern dass das Projekt so organisiert sei, dass Schirmherrin die Ministerpräsidentin sei, dass der Wirtschaftsminister im Moment die Initiative für das hier in Rede stehende Gutachten und für den Verfahrensprozess übernommen habe, dass aber mit der Kabinettsentscheidung im Februar die Landesinitiative ressortübergreifend organisiert werde, was bedeute, dass das Tourismusministerium, das Sozial- und Gesundheitsministerium, das Umweltministerium, aber auch das Bildungsministerium hier zusammenarbeiteten. Darüber hinaus betont er, dass sicherlich die Vorstellungen über „Nischen“ letztlich bewertet werden müssten, dass man aber auch den Mut haben müsse zu entscheiden, dass Nischen nicht ausgefüllt würden, sondern dass die Punkte forciert würden, in denen Schleswig-Holstein „richtig gut“ sei. Er könne sich vorstellen, dass die Kabinettsentscheidung letztlich bestimmen werde, dass die Federführung für die Landesinitiative bei der Ministerpräsidentin liege.

Auf eine abschließende Frage der Vorsitzenden, Abg. Strauß, erwidert M Dr. Rohwer, nach der Kabinettsentscheidung im Februar werde es eine Reihe Workshops geben. Nach seinen Vorstellungen sollten in jedem Fall im Jahr 2001 nicht nur klare Projektentscheidungen fallen, sondern diese auch schon umgesetzt werden. Der Prozess insgesamt werde sicherlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen, sodass ein Zeitpunkt für ein Vorliegen des Konzeptes heute allerdings noch nicht genannt werden könne. Er, M Dr. Rohwer, habe jedoch das Interesse, dass neben den Workshops immer auch ein Projekt oder zwei Projekte vorrangig bearbeitet würden, die auch umgesetzt werden könnten und an denen man auch den Erfolg der Landesinitiative ablesen könne.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des MWTV über die Unternehmerreise in die USA  
vom 9. bis 17. September d.J.**

hierzu: Umdruck 15/442

Über die bereits von Abg. Eichelberg ausgesprochene positive Bewertung der Reise hinaus, die den Ausschussmitgliedern mit Umdruck 15/442 vorliegt, zieht auch M Dr. Rohwer eine positive Bilanz. Die Reise sei erfolgreich gewesen, weil man einen ersten guten Einstieg in den nordamerikanischen Markt bekommen habe, weil man Netzwerke geknüpft habe, die sich als interessant erwiesen hätten. Ergebnis sei, dass man diesen Bereich künftig verstärken wolle, sich hier etwas stärker konzentrieren wolle. So werde man auch eine amerikanische Delegation nach Schleswig-Holstein einladen und werde voraussichtlich nach zwei Jahren mit einer dann noch spezifischer zusammengesetzten Unternehmensdelegation erneut in die Region fahren. Auf beiden Seiten sei eine Potenzialabfrage verabredet worden, bei der sich die Interessenlagen herauskristallisieren würden.

Nach dem Dank durch Abg. Schröder an Abg. Eichelberg für dessen informativen und sachlichen Bericht hebt Abg. Eichelberg das Erfordernis hervor, die wünschenswerte Pflege von außenwirtschaftlichen Beziehungen auch im Landeshaushalt mit einem Ansatz auszustatten, um derartige Initiativen in Zukunft nachdrücklicher unterstützen zu können. Er appelliert an die Sprecher, diesen Punkt in ihren Fraktionen vorzutragen und dort positiv zu befördern.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Hentschel bittet darum, in der nächsten Sitzung einmal einen Bericht des Innenministeriums und des Finanz- und Energieministeriums zum Thema Energieversorgung in Plön, „Stadtheide“, entgegenzunehmen. Dabei soll in einer nicht öffentlichen Sitzung der Umdruck 15/601 Grundlage der Erörterungen sein.

Abg. Eichelberg erbittet von den Vertretern des MWTV die Vorlage des Gutachtens zur Organisation des öffentlichen Nahverkehrs in Schleswig-Holstein und Abg. Müller bittet darum, die Vorlagen zum Bereich „Ladenöffnungszeiten“ nicht vor der März-Sitzung des Ausschusses zu beraten, weil hierzu noch fraktionsinterner Beratungsbedarf bestehe.

Dem vom Innen- und Rechtsausschuss übermittelten Wunsch des Baugewerbeverbandes Schleswig-Holstein, einmal ein Gespräch über die Probleme des Baugewerbes in Schleswig-Holstein zu führen, soll auf Vorschlag der Vorsitzenden, Abg. Strauß, Anfang 2001 entsprechen werden. Es besteht Einvernehmen, dass zu diesem Gespräch dann auch der Bauindustrieverband eingeladen werden soll.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. Roswitha Strauß

Vorsitzende

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer